

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Abonnementspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Frachtkosten bei Selbstabholung. Bei Postbestellung halbjährlich 1 Mark 20 Pfennig, vierteljährlich 60 Pfennig, auswärts 70 Pfennig. Abrechnung ist der bei jeder Bestellung beizugebenden Kasse anzuweisen. Die Abrechnung ist der bei jeder Bestellung beizugebenden Kasse anzuweisen. Die Abrechnung ist der bei jeder Bestellung beizugebenden Kasse anzuweisen.

Abonnementspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Frachtkosten bei Selbstabholung. Bei Postbestellung halbjährlich 1 Mark 20 Pfennig, vierteljährlich 60 Pfennig, auswärts 70 Pfennig. Abrechnung ist der bei jeder Bestellung beizugebenden Kasse anzuweisen. Die Abrechnung ist der bei jeder Bestellung beizugebenden Kasse anzuweisen.

Nr. 249.

Sonntag, 23. Oktober 1927.

2. Jahrgang.

Ende des Bergarbeiterstreiks?

Der Schiedspruch erfüllt Dreiviertel der Bergarbeiterforderungen. — Die Unternehmer wollen ablehnen. — Was beschließen heute mittag in Halle die Arbeiter?

Nach zweitägigen Verhandlungen ist es gestern abend in Berlin zu einem Schiedspruch gekommen, der den Bergleuten drei Viertel ihrer Forderungen als berechtigt zurprägt. Als Ergebnis der zweitägigen Verhandlungen fällt gestern abend der Reichsarbeitsminister folgende Beschlüsse:



Prof. Dr. Braun

für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau folgenden Schiedspruch:

1. Die Lohnnormung wird mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß vom Tage der Arbeitsaufnahme ab der Tarifdurchschnittslohn in den Betriebsverträgen von 5,20 auf 5,80 Mark erhöht wird.
 2. An den anderen Betrieben ist der Lohn im gleichen Verhältnis zu erhöhen.
 3. Die Verteilung der Lohnerhöhung innerhalb der einzelnen Gruppen findet innerhalb der Parteien statt.
 4. Die Regelung gilt bis zum 31. August 1928.
 5. Die Parteien haben sich bis zum 22. Oktober, nachmittags 4 Uhr zu erklären.
- Die Tarifparteien haben folgende Vereinbarung abgeschlossen:
- Die Gewerkschaften verpflichten sich dahin zu wirken, daß die gelegentlich der von ihnen eingeleiteten Kündigungssatzung ausgesprochenen Kündigungen zurückgenommen werden. Die Annahme zur Arbeit gilt als Zurücknahme der Kündigung.
2. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewilligungen finden nicht statt.
3. Der Arbeitgeberverband verpflichtet sich, bei seinen Mitgliedern dahin zu wirken, daß die Arbeiter, die gelegentlich der Kündigungssatzung abgemeldet sind, wieder eingestellt werden; ferner sich diese Arbeiter spätestens am Dienstag, den 25. Oktober, bis 10 Uhr wieder zur Arbeit melden. Das gleiche gilt für diejenigen Arbeiter, die gelegentlich der Kündigungssatzung entlassen wurden.
4. Die WiederEinstellung der Arbeiter bewirkt, daß das Arbeitsverhältnis als nicht unterbrochen im Sinne des Tarifvertrages gilt. Abzüge für Kontraktbruch dürfen nicht gemacht werden. Soweit den Arbeitern Wohnungen gestiftet sind, werden diese Kündigungen aufgehoben. Die Parteien werden die Bestimmungen nicht fordern.
- Die Bestimmungen bezüglich der WiederEinstellung der Arbeiter besteht sich auf die abgereiften Arbeiter, soweit sie sich bis zum 25. Oktober melden.

Was die Funktionäre der Arbeitnehmer betreffen werden, ist ungenügend. Das wird schließlich auch mit davon abhängen, welche Kraft die in Mitteldeutschland noch immer zahlreich existierenden Gewerkschaften aufbringen. Die „rote Fahne“ fordert heute morgen ohne jede eingehende sachliche Würdigung die „einmütige Ablehnung des ungenügenden Schiedspruches und Fortsetzung des Streikes bis zur restlosen Erfüllung der gestellten Forderungen“. Das würde die kommunalistische Presse auch dann tun, wenn nicht 75 Prozent der Bergarbeiter dem Streik zustimmen würden. Den Arbeitern ist jeder Streik ein Mittel, um, wie es in ihrem Jargon heißt, „die Weltrevolution vorwärtszutreiben“. Ob die Arbeiter und deren Familien dabei vor die Hunde gehen, ist ihnen gleichgültig.

Nebenfalls kann man sagen, daß eine Bewegung, die nach einwöchigem Streik 75 Prozent der Forderungen durchsetzt, siegreich verlaufen ist.

Der in diesem Augenblicke den Grubenbaronen einen Gefallen tun will, muß sich auf die Seite der Kommunisten stellen. Die Arbeitgeber dürfen heute bestimmt zu einer Ablehnung des Schiedspruches kommen.

Das ergibt sich aus der von der Schwärzburger finanzierten „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die heute über die Haltung der Unternehmer im Braunkohlenbergbau wörtlich folgendes schreibt:

„Daß die Arbeitgeber der außerordentlichen Lohnerhöhung auf keinen Fall zustimmen, ist außer Frage. So wird denn die letzte Entscheidung bei dem Reichsarbeitsminister liegen. Auf jeden Fall müssen sich einmal vor einer Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruchs Verhandlungen mit den Parteien stattfinden. Diese dürften jedoch im vorliegenden Falle nur formaler Natur sein. Daß diese Verbindlichkeitsklärung schließlich noch am heutigen Tage ausgesprochen wird, scheint mir nach der Lage der Dinge bestimmt annehmen zu müssen.“

Die Unternehmer dürften diese Verbindlichkeitsklärung mit einem neuen Antrag auf Lohnerhöhung an den Reichsarbeitsminister beantworten. Es ist vorher aber mehr als zweifelhaft, ob diesen Forderungen entsprochen wird. Zweifelhaft sind die Unternehmer in der Lage, die Lohnerhöhung unter den heutigen Preisen zu tragen. Jedenfalls ist ihnen der Gegenbeweis völlig mißlungen.

In dem Schiedspruch kommt eine moralische Beurteilung der Unternehmer durch den Schlichter zum Ausdruck, weil der Schiedspruch wesentlich über das letzte Angebot der Arbeitgeber hinausgeht.

Bei den erbärmlichen Löhnen, die im Braunkohlenrevier gezahlt werden, wäre die Erhöhung des Durchschnittslohn um 80 Pfg. durchaus berechtigt gewesen. Bei einem Lohnkampf kommt es aber letzten Endes immer auf ein Kompromiß an. Wenn die Arbeiter drei Viertel ihrer Forderungen durchsetzen haben, so haben sie dieses ihrer streifen Organisation und ihrer eigenen Disziplin im gemeinschaftlichen Kampfe zu danken. Auch vor einer Woche konnten die Arbeiterführer, welche die Braunkohlenarbeiter in einen Streik geführt haben, der durchaus ausdiesig ist, eigentlich ins Gefängnis gesperrt werden müssen. Leider fehlten dazu heute noch die gesellschaftlichen Bestimmungen.“

Die Gewerkschaftsführer haben zwar die Arbeiter nicht in den Streik geführt, sondern es war der einmütige Wille der Bergleute, sich eine bessere Lebenslage zu erkämpfen. Wenn dieser „total ausdiesigste Kampf“ sich mit einem Siege der Bergarbeiter beendet hat, dann verdanken sie das der Tatsache, daß sie wieder auf die Grubenbarone und deren nationalistische Presse noch auf die Pfaffen der Reichspresse gehört haben, sondern einfach ihren eigenen Verstand. Und wenn die Bergmannskammern jetzt für die Arbeit mehr zu verlangen haben, dann sind nicht in letzter Linie die von Grubenbaronen und Kommunisten gleichmäßig geschmähten Gewerkschaften daran schuld.

Stresemanns Bericht.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages erläuterte am Freitag vormittag Reichsaussenminister Dr. Stresemann einen eingehenden Bericht über die letzte Lage des Völkerbundes. Eine Aussprache über diesen Bericht soll am Sonnabend erfolgen.

Beamtenghälter und Kriegerrenten.

Was gestern im Reichstage beschlossen wurde.

Die Regierung des Bürgerblocks wehrt sich mit Unterstützung der Regierungsparteien vergeblich, vor dem Volk in den entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Fragen Rede und Antwort zu geben. Darum hat man die letzte Zweisitzung des Reichstages möglichst weit hinausgeschoben und will sie nun möglichst rasch zu Ende gehen lassen. Schon am Samstag will, und man darf wohl sagen, wird die bürgerlichen Mehrheit des Reichstages das Parlament auf mehrere Wochen vertagen. Ob die Reichsregierung noch die Interpellationen wegen des Bergarbeiterstreiks am Samstag beantworten wird, steht ebenfalls dahin. Da die Frist noch nicht abgelaufen ist, liegt die Entscheidung bei dem Reichsarbeitsminister. Er magte Antwort oder Schweigen am Schluß der Freitagmorgens-Sitzung abzugeben, in eine Verlangung der Parlamentstagung einzuwilligen. Nimmermehr gelang es am Freitag abend bei der Festlegung der Tagesordnung für den Sonnabend, die Regierungsparteien in eine politische Lage zu bringen. Der Demokrat Erkens verlangte mit Unterstützung der übrigen Linken, daß die Interpellation zugunsten der Clivoidengesetzgebungen auf die Tagesordnung gesetzt werde. Die Abstimmung blieb zweifelhaft; also Handempfehlung. Was sollten die Regierungsparteien tun? Land auf Land ab haben sie seit Jahren den durch den Krieg

Der Reparationsagent gegen höhere Beamtenghälter.

Der Agent für Reparationszahlungen Parker Gilbert hat am Mittwoch ein Schreiben an den Reichsfinanzminister Dr. Brügel gerichtet, in dem er sich mit der Wirtschaftslage Deutschlands und der Entwicklung der deutschen Reichsfinanzen befaßt. Infolgedessen handelt es sich um den Bericht, den Parker Gilbert für die Reparationskommission fertiggestellt hat. Der Bericht geht besonders auf die Auswirkungen der Beschlüsse, des Reichsschuldenzinses und des Kriegsschadensschuldenzinses auf die Reichsfinanzen ein. Der Reparationsagent kommt zu dem Schluß, daß die genannten Geleise eine Dauerbelastung ergeben, die die Einführung neuer Steuern notwendig macht. Außerdem stellt Parker Gilbert in einer Veränderung des Finanzausgleichs gegenüber den Bundesanteilen an den Reichseinnahmen eine Verschlechterung der Reichsfinanzen. Eine solche Verschlechterung gefährdet nach der Darstellung des Reparationsagenten die Sicherheiten, die nach dem Dawesgesetz für die Reparationszahlungen vorhanden sein müssen!

Berliner Stimmen.

Berlin, 22. Okt. (Eig. Funkt.) Am Vordergrund der heutigen Berliner Morgenpresse steht neben dem Schiedspruch im Braunkohlenrevier das Schreiben des Reparationsagenten an den Reichsfinanzminister. Der „Sachverständigenrat“ fordert nicht mehr die Forderung nach einer unersprünglichen Revision des Dawesplans beantwortet würde. Der „Vorwärts“ legt zu dem Brief Parker Gilberts in ihrer Finanzabteilung klaren Wein einschenken. Die Kritik mag ihr unangenehm sein, aber die Reichsregierung trägt gegenüber dem ganzen Volk die volle Verantwortung für die Folgen ihrer Belegung auf die Reparationen und für die Rückwirkung, die eine derartige Stellungnahme des Reparationsagenten auf die Finanz- und Außenpolitik haben muß. Von dieser Verantwortung wird die Regierung nicht frei, wenn sie auch weiterhin das Dokument veröffentlicht, dessen Inhalt erst über die Auslandspresse und auch nur in unzureichenden Bruchstücken hier bekannt wird.

Was die Pariser sagen.

Paris, 22. Okt. (Eig. Funkt.) Der bei der deutschen Regierung eingegangene Brief des Reparationsagenten wird von den hiesigen Blättern in langen Auszügen, aber meist kommentarlos, weitergegeben. Die Blätter nehmen die Gelegenheit wahr, um einen langen Heberöl über das deutsche Budget zu geben, enthalten sich aber, mindestens was die großen Ausgaben und die Einkünfte anbelangt, jeglichen Urteils. Nur das „Echo de Paris“ greift in einem langen Artikel die Zusammenfassung des deutschen Budgets in scharfer Form an, um die Berechtigung des Briefes des Reparationsagenten nachzuweisen.

geschädigten Auslandsdeutschen große Verpflegungen gemacht und sich als die nationalen Kämpfer angepriesen. Das gilt insbesondere für die Deutschnationalen. Sieht aber, wo die Frage im Parlament wieder zur Erörterung gestellt werden soll, drücken sie sich.

Das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen blieben bei der Abstimmung außerhalb des Saales, um so das Haus beschlußfähig zu machen. Infolgedessen konnte die Interpellation wegen der Liquidationsgeschädigten nicht auf die Tagesordnung zum Sonnabend gebracht werden.

Die Freitagmorgens-Sitzung lief nur ausgedehnt mit den Beratungen über die Beschlüsse der Beamten und Kriegerrenten. Die Beamten und Kriegerrentenangelegenheiten. Die Beschlüsse wurden von dem Reichsfinanzminister Köfler begründet. Er sprach die Erwartung aus, daß der Etat des Reichshaushalts sich trotz der erhöhten Ausgaben ausgleichen werde. Die Reichspost, die Erhöhung der Gehälter ohne Tarifveränderungen betreffen können. Die gleiche Hoffnung dürfte man bei der Reichsbahn haben. Gegen die Ansprüche der Länder auf erhöhte Zuschüsse von Reich wurde sich der Reichsfinanzminister mit großer Entschiedenheit. Er behauptete, Länder und Gemeinden hätten schon bei ihren Ansprüchen zum Finanzausgleich die jehigen erhöhten Ausgaben für Gehälter eingerechnet.

Für die Sozialdemokratie bezweifelte Steinlopf, ob die jetzige Beschlüsse der Beamten dienen werde. Es sei nicht nötig gewesen, von der früheren Beschlüsse abzugeben. Der Reichsfinanzminister habe öffentlich Verpflegungen gemacht, die er jetzt nicht erfüllt. Steinlopf wies dann im einzelnen nach, wie durch die jetzige Beschlüsse

reguliert die große Masse der Beamten benachteiligt werden. Durch dieserlei Folgen, deren Vermeidung in die Hände der Besorgten gelegt ist, werde die Befähigung der Bediensteten gefördert. Für den sozialdemokratischen Redner war es selbstverständlich, daß neben den Beamten auch die hunderteausende Reichsarbeiter und Reichsangehörige nicht vergessen werden dürfen.

Die Regierungsparteien
gaben durch den Grafen Westarp (Dtl.), den Abg. von Guehard (Sp) und Dr. Schulz (DAB) kurze Erklärungen ab. Es war darin mancherlei von warmen Worten und von Sympathie für die Beamtenfrage die Rede. Aber vor allem äußerte sich die Besorgnis, daß von den notwendigen Verbesserungen lagte feiner der Redner aus den Regierungsparteien ein Wort.

Kritisch wurde die Vorlage dann noch von dem Demokraten Schuldt und dem Kommunisten Zorger behandelt. Der Redner der Wirtschaftspartei, Abg. Dreowig, behielt sich die Stellungnahme seiner Fraktion vor. Noch später behandelte die Beamtenverbände der bayerische Volkspartei die Vorlage. Nachdem noch je ein Nationalsozialist und ein Völkischer für ihre Parteiführer den Besorgnissen vorgetragen hatten, ging die Vorlage an den Ausschuss.

Die Novelle zum Reichsverordnungsgegesetz wurde von dem Reichsarbeitsminister Dr. Breuns begründet. Demnach sind an

Rechnungsabgrenzung vorsehen

für die Kriegsbekämpfung rund 21 v. H., für die Witwen rund 93 v. H. und für die Eltern 6-10 v. H. Der sozialdemokratische Redner Hofmann, einer der besten Kenner der Materie, nahm zu der Reform kritisch Stellung. Er zog Vergleiche mit der Behandlung der Beamten in anderen Ländern. So sehr man die Ausbreitung der Beamtenfrage lösen müsse, so sehr müsse man die Erhöhung der Renten für die Kriegspartei proportional nicht hinter den Bemühungen für die Beamten zurückbleiben. Sehr treffend war der Redner Hofmann, daß die Bemühung von Renten an die Kriegspartei so sehr in das Ermessen der Verwaltung gestellt sei und viele Kriegspartei sich demgegenüber Nachforschungen stellen lassen müßten.

Für die Regierungsparteien

gab der Volksparteiler die Erklärung dahin ab, daß man wohl den Kriegsparteien helfen wolle, aber dies müsse in Grenzen geschehen, die wirtschaftlichen Interessen berücksichtigen. Am großen und ganzen zeige sich, daß die Regierungsparteien den Forderungen der Kriegspartei recht fähig gegenüber stehen. Es ging durch alle die Reden vom Regierungssitz und aus den Reihen der Regierungsparteien die Furcht nicht nur vor neuen Steuern, sondern auch vor einer nachlassenden Leistungsbereitschaft, und an die Verpfändungen, daß die Presse gegen oder auch nur aufgehoben werden könnten, glaubt heute im Ernst weder auf der Regierungsbank noch im Parlament niemand mehr.

Am Sonntag beginnt die Sitzung um 12 Uhr. Neben kleineren Vorfragen kommt schließlich der Streit im Braunkohlengebiet Mitteldeutschlands zur Verhandlung.

Was wird mit dem Schulgesetz.

Dieses Gesetz, das nach dem Willen der Deutschnationalen Volkspartei die Volksschule konfessionellisieren soll, erfolgt durch seine Durchführung selbst nach den günstigsten Berechnungen 400 bis 500 Millionen Mark. Länder und Gemeinden können es ab. Diese Summe aufzubringen wird ihnen nicht wie es einfach nicht in der Lage sind, die Mittel heranzuschaffen. Tatsächlich entspricht der erforderliche Betrag dem ganzen Einkommen aus der Umschmelze, er macht rund 50 Prozent des Einkommens aus dem Lohnabzug aus und würde ungefähr die Hälfte der heutigen Zolleinnahmen verschlingen. Das sind geradezu ungeheuerliche Summen, die bei einer Durchführung des Schulgesetzes entweder zu neuen endlosen Steuern oder an sich längst überflüssigen direkten Steuern führen müßten oder aus dem Staatshaushalt in seiner gegenwärtigen Form genommen, einen Bankrott des Reichs bedeuten würden. Die Reichsregierung ist sich wohl sehr schlüssig darüber, ob sie das eine oder das andere macht. Sie hat bis heute überhaupt noch nicht darüber nachgedacht, was die Schulgesetz im Gesamtzustand durchzuführen werden soll und wie hoch sich die Kosten einstellen könnten. In sich sieht ihrem Reichsminister das vollkommen ähnlich. Aber das Volk hat einen Anspruch darauf, endlich die genauen Kosten zu erfahren und vor allem zu hören, wie diese Kosten aufgebracht werden sollen. Es wird langsam Zeit.

Wie die Sparrer betrogen werden.

Deutschnationale Drückbergerei.
Da die Deutschnationalen mit ihrer Aufwertungspolitik die verarmten Sparrer hinter sich gelassen und sämtliche Parteien des Reichstages erfüllt haben, daß die Aufwertungsfrage einmütig abgelehnt ist, muß die Kleinrentnerfrage auf einen neuen Reichstag gestellt werden. Hier treiben nun die Deutschnationalen genau das gleiche unehrliche, demagogische Spiel, das sie bisher mit den Sparern getrieben haben. Am November 1928, als sie sich in der Opposition befanden, brachten sie im Reichstag einen Initiativgesetzentwurf ein, durch den den Kleinrentnern ein Rechtsanspruch auf eine Mindestrente gewährt werden sollte. Bei der ersten Prüfung dieses Entwurfs stellte das Reichsarbeitsministerium fest, daß seine Durchführung einen Kostenaufwand von 400 Millionen jährlich erfordere.

Als die Deutschnationalen dann zwei Monate später in die Reichsregierung eintraten, war ihr Interesse an ihrem eigenen Gesetzentwurf noch erloschen. Heute noch harzt dieser Antrag der Erledigung im Ausschuss. Die Demokraten haben deshalb vor kurzem mit einem neuen von ihnen beantragten Kleinrentnerverordnungsgegesetz die Erinerung der Deutschnationalen aufgebracht. In der Reichstagsitzung vom 18. Oktober beantragte der Sparervertreter Seiffert, den demokratischen Entwurf auf die Tagesordnung zu setzen. Der gerade amtierende deutschnationale Reichspräsident Graf konnte trotz seiner offiziellen Wirtlichkeits nicht verhehlen, daß seine Fraktion Farbe bekennen müßte. Drei Tage vorher hatte der Fraktionsführer Graf Westarp in seiner Stuttgarter Rede unter Hinweis auf den abschließlich verhandelten — Antrag seiner Fraktion den Kleinrentner neue Verordnungen gemacht, oder nicht einmal das hinderte die Deutschnationale Reichstagsfraktion, einmütig der Beratung der Kleinrentnerfrage sich zu widersetzen. Es bedurfte erst mehrerer interfraktioneller Besprechungen, um einige Tage später den deutschnationalen Widerstand so weit zu brechen, daß sie die debatable Bestimmung des demokratischen Entwurfs an einer Volksstimmung gestatteten. Es wird jetzt aller Aufmerksamkeit der Opposition bedürfen, um zu verhindern, daß das demokratische Kleinrentnerverordnungsgegesetz auf dieselbe lange Zeit geschoben wird, auf welcher der deutschnationale Antrag nun seit mehr als Jahresfrist ruht.

Unwürdige Bettelei.

Die Sammlung für die Hindenburg-Spende

wird bis Ende Oktober fortgesetzt. Hoffentlich wird man dann endlich erfahren, welches Ergebnis die Sammlung gehabt hat. Seit dem 2. Oktober mit Hofbrand gearbeitet, um das bisherige blamable Ergebnis noch zu verbessern und man kann sich vorstellen, welcher offene und perfide Druck ausgeübt wird, damit schließlich die Deffektivität ein Ergebnis vorweisen kann, das sich zur Not sehen lassen kann. Die ganze Geschichte erinnert lebhaft an seine Lotterien, die den Zielvorgang von einem Termin auf den anderen verschieben, weil die Lose nicht abgesetzt werden können.

Hindenburg-Dank

des Herrn v. Oldenburg-Janschau eine nicht minder große Pleite gemessen ist. Das ist eine Sammlung, veranstaltet von bekannten Reaktionen und Wirtschaftskapitänen, mit deren Hilfe einem verschuldeten Verwandten Hindenburgs ein Gut beschaffen hat beim „Hindenburg-Dank“ schon wenig gegeben, wie der Name Hindenburg bei der Hindenburg-Spende. Herr v. Oldenburg-Janschau jedoch befindet sich in der glücklichen Lage, daß er nicht öffentlich Mitteilung abzugeben braucht. Er veröffentlicht kurzerhand ein Inserat, in dem es heißt:

„Die Namen der Geber werden Hindenburg gelegentlich einer Abreise zur Kenntnis gebracht, welche die ihm zu gewordener Zeit für seine Abordnung in Neudorf überreicht wird. Auf wieselfachen an uns ergangenen Wünschen erübrigt sich hierdurch die in dem Aufsatz angelegentlich öffentliche Mitteilung.“

Die Pleite soll also überhaupt nicht publiziert werden! Daß es eine Pleite ist, ergibt das Inserat weiter. „Wir teilen hierdurch mit, daß in der Aufhebung des Gutes Neudorf Spenden noch benötigt werden und die Sammelarbeiten bis in den Dezember hinein offen bleibt.“ Gleich bis in den Dezember hinein, das geht nach über die Hindenburg-Spende!

Diese Pleite ist verdient. Nach dem Kriege von 1870-71 existierten die Generale und der Reichstangler Bismarck reiche Dotationen. Sie bereicherten sich an der französischen Kriegesplünderung. Der Krieg war für sie ein glänzendes Geschäft gewesen. Der Janschauer wollte nach dem verlorenen Kriege Hindenburg für den Krieg eine Dotation nach dem Muster der Dotation Bismarcks durch den Hindenburg-Dank verschaffen, damit der Krieg ein Geschäft für ihn werde. Derselbe Janschauer, der an der inneren Ausplünderung des deutschen Volkes mitgeschuldig ist! Das Verhältniß für den Hindenburg-Dank ist aber begrifflicherweise gering gewesen.

Gespensster-Sonate.

Potsdam rebelliert gegen Doorn.

In Potsdam ist ein Gräfin v. Oersdorff verstorben, die zum Hofstaat der ersten Frau Wilhelm von Doorn gehörte. Die monarchistische Presse hat vom Tode der „Hofstaatsdame“ weiland Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin“ geizigelt Reiz genommen. Man rafft ihre Todesanzeige in der „Kreuzzeitung“ nicht ohne Interesse.

„Die Heimgangene hat vier Jahrzehnten ihrer Herrin in nie vergebender selbstloser Hingabe gegeben und ihr die Treue über das Grab hinaus gehalten.“ Die Anzeige ist unterzeichnet: „Nomen der alten Umgebungen unter königlichen Herrschaften: v. Plessen, Generaladjutant, Gräfin Keller, Hofstaatsdame, v. Holtzmann, Oberhofmeister, Freiherr v. Spilgenberg, Rabinetterat.“ Es ist eine Duandrie von Gespenschen von vorgehen und doch mehr als nur eine Duandrie. Es ist eine Rebellion. Treue über das Grab hinaus! Die Gespenscher von vorgehen setzen sich mit Hingabe an den Willen von hem, den Wilhelm der Herrin: Treue über das Grab hinaus!

Man stellt sich Todesanzeige rebellierender Gespenscher und man vermischt eine andere. Wilhelm von Doorn erinnert sich nicht an die Hofstaatsdame seiner ersten Frau. Der Besessenenmüchteste des Hauses Hohenzollern in Berlin hat keinen Auftrag von Doorn erhalten, eine Todesanzeige in der „Kreuzzeitung“ zu veröffentlichen. Herrin hat es nicht gestattet.

Dafür rächen sich die Anhänger „weiland Ihrer Majestät“. Bei einer feier nationaler Verbände in Sletzin sprach Generalmajor a. D. v. Franzenberg: „Daß die Größe und Bedeutung der verstorbenen Kaiserin so recht erst in der Nachkriegszeit offenbar geworden sei, in der das deutsche Volk keine Gelegenheit mehr habe, zu einer Frau auch nur ähnlicher Bedeutung aufzublicken.“ Das geht auf Herrin!

Mecklenburger Sunter unter sich.

Die Niederlage der Deutschnationalen und Völkischen bei den vorletzten Landtagswahlen in Mecklenburg hat zu einem bitteren Streit zwischen den Leuten an Größe und den Leuten um Dersgen geführt, der heute noch nicht beendet ist. Als der Zusammenbruch der Regierung Brandenstein-Dersgen da war, warfen sich die Herrschenden gegenseitig die Schuld vor. Die um Dersgen nannten die von den Völkischen herbeigeführte Landtagsauflösung eine „Verfälschung an Vaterland“. Die um Größe waren auch nicht faul im Antworten. Eine Selbstauflösung gab die andere. Schließlich nannte Herr v. Dersgen Herrin v. Größe einen „Tremdämiger“ und dessen Sohn Knud v. Größe einen „Volksparasiten“. Nun antwortete Herr v. Größe in der „Mecklenburger Warte“ mit jener Borebarmkeit, die bei selbstherrlichen Reichsschiffen immer Kopf schütteln hervorgerufen hat. Die Folge war eine ganze Serie von Ehrenhändeln. Nach dem Wahlsieg der Völkischen kamen die Völkischen an den erleuchteten Gedanken, die politische Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen als einen großen Ehrenhandel aufzugeben. Sie wiesen den Rationalverband deutscher Politiker an, der bei ein Ehrengesicht in Sachen deutschnational gegen nichts einsetzte, und das hat schließlich beschlossen, daß sich die Beidseitigen Kompensieren sollten und daß die Völkischen an der Pleite der Reaktion nicht schuld seien. Die Komodie zog sich bis zu den diesjährigen Landtagswahlen hin. Am März legte das Ehrengesicht seinen Beschluß vor, im April lehnten die Deutschnationalen die Anerkennung dieses Spruches ab und jetzt im Oktober veröffentlichen die Völkischen die Beschlüsse dieses (sonderbaren politischen Ehrengesichts, wobei gleichzeitig angekündigt wird, daß der Ehrenhandel Gräfin-Dersgen anderweitig erledigt wird.

Das kann gut werden. Herr v. Größe, der Vater des plattgegangenen düssischen Geschäftsmanns in Burga, und Herr v. Dersgen, der unfähige Finanzminister der Reichsregierung, beide mit der Pistole in der Hand einander gegenüberstehend wegen des Wahlsieges der Völkischen!

Unser Wahlsieg in Norwegen.

Oslo, 21. Oktober. (Eig. Bericht). Das amtliche Ergebnis der am 17. Oktober stattgefundenen Wahlen zum norwegischen Storting liegt jetzt vor. Es zeigt, daß namentlich in allen vier nördlichen Staaten — Dänemark, Finnland, Schweden und Norwegen — die Sozialdemokratische die härteste Parlamentsfraktion bildet.

Die Zunahme der sozialdemokratischen Arbeiterpartei geht allerdings über ihre eigenen Erwartungen und die Befürchtungen der bürgerlichen Parteien hinaus. Von 32 Mandaten ist sie auf 56, also um 24, gestiegen. Dieser Erfolg ist zunächst, tatlich genommen, dem vor wenigen Monaten erfolgten Zusammenbruch der sogenannten „Arbeiterpartei“ und der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ zu danken. Nach dem Kriege hatte sich die norwegische Sozialdemokratie in ihrer Hauptmasse zu einem kommunalistischen Programm bekannt und erste die parlamentarischen Einmündungsversuche Moskaus und erste die inneren norwegischen Parteiverhältnisse brachten insofern einen Rückschlag, als sich die „Arbeiterpartei“ — jene kommunalistische Sezession — entschieden von Moskau abwandte. In dem Storting von 1924 waren diese nationalen Kommunisten mit 24 Abgeordneten vertreten, die altsozialistische „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ hatte 8 und die Moskaure Kommunisten hatten 6 Vertreter. Die frühere Vereinigung der „Arbeiterpartei“ und der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ unter dem gemeinsamen Namen der letzteren hat nun zu dem gemeinsamen Namen großen Erfolg geführt, während die Moskaure Richtung von ihnen 6 nur noch 3 Sitze behält.

Den größten Beifall des Wählerstammes trägt die gemeinsame Liste des bisherigen Regierungskabinetts, der „Rechten“ und der „Freisinnigen Wänter“ (eine freisinnigeren Gruppe), die mit Unterstützung der Bauernpartei über 76 Stimmen von den 150 der Storting vertreten ist. Die bisherige Regierung ist jedwedenfalls nicht mehr möglich geworden. Trotzdem dürfte es nicht ohne weiteres möglich sein, daß die Sozialdemokratie als nunmehr stärkste Fraktion die Regierungsbildung übernimmt oder auch nur an ihr beteiligt wird. Die radikale Vergangenheit der Mehrheit ihrer Vertreter streckt naturgemäß die bürgerlichen Parteien, das abgeben davon, daß sich die früheren Mitglieder der damals kommunalistischen Gruppe taum von dem bisherigen Dogma befreien werden, nur für den Fall einer absoluten Mehrheit eine Regierung bilden zu wollen. Wahrscheinlich ist, daß die „Linke“, die im Jahre 1924 dem namentlich gestützten konservativen Kabinett seine Unterstützung gab, jetzt unter ihrem Führer Molund eine Widerstandspartei bildet und sich dabei die Unterstützung der Sozialdemokraten sichern muß. Ein entschiedener Bankrott wäre dann auf alle Fälle für Norwegen gesichert und damit auch eine reibungslosere Handhabung der politischen und vor allem der wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland.

In erster Linie wird die neue Regierung aber den reaktionären innenpolitischen Kurs des Kabinetts Splee wieder in Bahnen des lokalen Fortschritts lenken und die allgemeine wirtschaftliche Notlage nach Möglichkeit unter geordneter Verteilung der Lasten mildern müssen. Die starke Stellung der Arbeiterpartei bietet hierzu nicht nur einigen Anlaß, sondern auch eine Möglichkeit!

Nun ist es heraus.

Die Ursache des Schiefen Flugzeugunglücks, bei dem der Vorkämpfer v. Malchow aus Leben kam, ist endgültig aufgedeckt, dank der Sühntätigkeit der Kommunisten. In ihrer autorisierten Zeitschrift veröffentlichte sie ein Bild Malchows und der Unglücksflieger, im Text wird Malchow als Sowjetfreund bezeichnet. Die Ursache ist laut: Britische Sabotage. Malchow ist Chombarin, steht dahinter. Er hat dabei die Unterstützung der Sozialdemokraten erbeten. Wir zweifeln natürlich nicht im mindesten an ihrer Entscheidung. Unser Verdacht geht vielmehr noch weiter: Im Sowjetland umso sicherer vernichten zu können, hat Chombarin durch persönliche Agenten den kommunistischen Führern und Funktionären in Deutschland heimlich Verbindungsadressen beibringen lassen.

Ihr dabei ist es Ende Oktober doch gar nicht so warm!

Einem Brand des Reichstages und vieler Landtage folgend, werden jetzt — wie aus Weimar gemeldet wird — auf Veranlassung des Reichspräsidenten Geber bei Plenarsitzungen des Landtags von Thüringen ebenfalls die große Landes- und die Reichsflagge gehißt.

Soziales.

Das Elend der Landarbeiterkinder.

Aus dem Kreis Schweidnitz in Schlesien wird dem Bundesvorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes folgender Bericht:

Im Bezirk gab sich eine auf dem Dominium beständige Arbeiterfamilie morgens zur Arbeit, ohne daß einer im Dien zu sehen. Zwei Kinder im Alter von vier und fünf Jahren blieben allein in der Wohnung zurück. Nach einiger Zeit bemerkte der Schlossergänger Rauch aus der Wohnung aufsteigen. Als er nach dem Hausberg fortging, fand er die beiden Kinder tot vor. Aufstrebende Geise hatten den Erstlingsstod der Kinder herbeigeführt.

Dieser Vorfall lenkt erneut die Aufmerksamkeit auf die bedauerlicherweise ungenutzten Verhältnisse unter denen die Kinder der Landarbeiter aufwachsen. Zunächst sorgfältig behütet und bemitleidet zu werden, sind sie sich Tag für Tag selbst überlassen, weil die Mütter — jeils infolge des Arbeitsvertrages des Mannes, teils infolge der Notlage der Familie — zur Mitarbeit in den landwirtschaftlichen Betrieben verpflichtet sind. Die Folge ist, daß das Landarbeiterelend den Gefahren des Alttags im höchsten Maße ausgesetzt ist. Im vorliegenden Falle hat die Abwesenheit der Mutter noch heute sogar zur Vernichtung zweier blühender Menschenleben geführt.

Wenn es eine wirklich bedeutsame Aufgabe für die Jugendpfleger und Kinderärzte gibt, dann ist es bestimmt die, sich in energiegeladener Weise um das Schicksal der Kinder unserer Landarbeiter zu kümmern.

Gewerkschaftliches.

In der Zigarrenindustrie

Jetzt zurzeit das Barometer auf Sturm. Die Mitglieder der Bezirksgruppe Sachsen der Zigarrenfabrikanten haben den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen zum 28. Oktober gefühnigsten Streik haben Vorlauf und Tarifkommision des R. D. Z. (Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller) gedrückt, am 29. Oktober zum 12. November alten Arbeitern zu kündigen, wenn die wilden Streiks nicht aufhören. Also Auspersung der

gesamten Zigarrenarbeiter-Schaft Deutschlands! Warum das alles? Weil in einigen Bezirken es zu Arbeits-einstellungen gekommen ist, die mit den Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages nicht in Einklang zu bringen sind. Daß auch auf Unternehmenseite wie in Dörfel und in Oberbaden Verstöße vorkommen, davon weiß der R. D. Z. anscheinend nichts.

Die Drohung mit der Ausperrung hat nur den Zweck, die nötigen Lohn- und Tarifverhandlungen in einen für die Unternehmer günstigen Sinne vorzubereiten. Man will die Zigarrenarbeiter-Schaft einschüchtern. Sie soll sich mit den jetzigen Löhnen zufrieden geben und auf lange Zeit auf jede Erhöhung verzichten, obwohl, wie aus den Angaben der Tabakberufsgenossenschaft für das Jahr 1926 und aus der am 1. April eingetretenen Lohnsenkung von 1/2 Prozent leicht zu ersehen ist, daß die Zigarrenarbeiter sich mit einem Durchschnittslohn von 900 Mark im Jahre oder 19 Mark in der Woche bisher abfinden lassen mußten. Diese Schandlöhne müssen erhöht werden. Darüber hinaus muß vor allem das Lohnniveau in den unteren Bezirken gehoben werden; außerdem ist es notwendig, die Fortdauer wieder auf den früheren Stand zu bringen und den Überhandnehmungen der Bestimmungen der Verordnungen über die Arbeitszeit entgegenzusetzen. Nur ein starker Deutscher Zigarrenarbeiterverband wird diese Forderung durchsetzen. Die Zigarrenarbeiter müssen sich jetzt darüber klar sein, wieviel es gefordert hat.

Der Verbandsvorstand der Buchdrucker hat in den letzten Tagen mit den Unternehmern unerwünschte Verhandlungen in der Lohnfrage geführt. Bei weiter anhaltender Forderung werden die Parteien in direkte Lohnverhandlungen eintreten, um eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Lohnregelung herbeizuführen.

Die Betriebsratswahlen in der Reichsdruckerei führten zu einem vollen Erfolg der freigezwecklichen Liste. Von 15 Mandaten für den Arbeiterrat entfielen auf die freigezweckliche Liste allein 14, 1 Mandat erhielt die Liste der christlichen Gewerkschaften. Die Betriebsratswahlen in der Dresdener Bank führten zu einem vollen Erfolg für die Liste des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten, während der Deutsche Bankbeamten-Verband nur 3 Sitze zu erreichen vermochte. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und die Oberbernter-Vereinigung erhielten je 1 Sitz. Der Allgemeine Verband verzeichnete allein 60 Prozent aller abgegebenen Stimmen und erhielt damit 11 Sitze im Betriebsrat.

Unsere passive Handelsbilanz.

Der Einuhrübersechsig im deutschen Außenhandel nahm von 292 Millionen Mark im Monat August auf 242 Millionen Mark im Monat September ab. Die Einfuhr wird mit 1.174 Milliarden Mark angegeben gegenüber 1.160 Milliarden Mark im Monat August. Die Ausfuhr, die kommt immer bei reiner Warenverkehr im Frage, steigerte sich von 888,5 Millionen Mark im Monat August auf 922,9 Millionen Mark im Monat September.

Im Gegensatz zum vorigen Monat, wo die Lebensmittelpreise stark zurückgegangen war, ist im Monat September eine Steigerung um rund 24 Millionen Mark festzustellen. Dagegen hat sich die Einfuhr an Rohstoffen und Halbfabrikaten um 22 Millionen Mark gesenkt. Interessant ist die Befahrung der Ausfuhr. Der Monat September hat die höchste Ausfuhrziffer in der Reichsgeschichte für die Einfuhr aufzuweisen. Dabei ist von Bedeutung, daß die Ausfuhr an Fertigwaren nicht weniger als um rund 64 Millionen Mark gestiegen ist.

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Ausperrung der Tabakarbeiter.

Berlin, 22. Okt. (Eig. Funktm.) Vorstand und Tarifkommission des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller haben am 18. Oktober beschloßen, allen Arbeitern der Zigarrenindustrie am 20. Oktober zum 12. November zu kündigen und damit eine Generalausperrung durchzuführen, wenn nicht bis zum 26. Oktober die mit dem Streiks belegte sind. Den Arbeitern in den Regiergruppen Siedeln und Schellen wird schon zu einem früheren Termin gefündigt werden; im Tarifgebiet Siedeln ist die Kündigung schon erfolgt. Damit hat der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller offenen Tarifbruch begangen. Seine Kampfmaßnahmen richten sich gegen die Tabakarbeiter-Organisationen, obwohl diese bisher alles getan haben, den tariflichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Es versteht sich daher von selbst, daß der deutsche Tabakarbeiterverband seine ausgeperrten Mitglieder zu schützen wissen wird. (Siehe den Artikel unter Gewerkschaftliches.)

Reichsfinanzminister und Reparationsagen.

Berlin, 22. Okt. (Eig. Funktm.) Wie der Soz. Pressebericht erzählt, findet im Laufe des heutigen Tages eine Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister und Barter Gilberts statt. (Siehe den Artikel auf der 1. Seite des Hauptblattes.)

Diffensen im Zentrum.

Berlin, 22. Okt. (Eig. Funktm.) In seiner heutigen Ausgabe meldet das „Berliner Tageblatt“, daß der Reichsfinanzminister Dr. Köhler in der Zentrumsfraktion in den letzten Tagen sehr stark angegriffen worden ist, und insbesondere die Arbeitnehmervertreter Giesberts und Ambühl, die Träger dieser Angriffe waren. Reichsfinanzminister Köhler ist über diese Angriffe so erregt gewesen, daß er dem Reichstagen Dr. Marx, sein Amt als Reichsfinanzminister zur Verfügung gestellt hat. Angeht hat Marx abgelehnt. Das Berliner Tageblatt fügt dem hinzu: „Wie ernst man aber in Zentrumstreifen die Situation beurteilt, beweist, daß man sich gefestigt dahin geeinigt hat, während der Ferien des Reichstagesplenums jede Woche einmal eine Sitzung der Gesamtfraktion des Zentrums abzuhalten.“

Strafieren in Berlin.

Berlin, 22. Okt. (Eig. Funktm.) In der Louisenstraße in Berlin kam es am Freitag wiederholt zu Zusammenrottungen der Nationalsozialisten, die systematisch darauf ausgingen, Passanten zu belästigen. Die Polizei war verlosch herr der Lage und konnte die Versammlungen zerstreuen, ohne daß es zu größeren Zusammenstößen kam.

Umzugsverbot in Köln.

Köln, 22. Okt. (Eig. Funktm.) Der Regierungspräsident von Köln hat für den Bereich seines Bezirkes alle öffentlichen Umzüge des Roten Frontkämpfer-Bundes bis auf weiteres verboten.

Der verunglückte Räuber.

Berlin, 22. Okt. (Eig. Funktm.) Einen doppelt verunglückten Autounfall erlebte am Freitag 3 Personen, ein Mann und zwei Frauen, in Schöneberg. In den Vormittagsstunden kam dort ein Kraftwagen zu Schaden, wobei der Mann so erheblich verletzt wurde, daß man ihn im Krankenhaus operieren mußte. Landjägerbeamte ernteten in dem Verunglückten den flüchtigen Räuber Peter Schlegel, der kürzlich den dreifachen Raubüberfall in dem bekannten Berliner Restaurant „Zum Klauen“ verübte. Sein Bruder war bereits vor einigen Tagen in Berlin festgenommen worden.

Die Unterdrückungen bei der Düsseldorf Regierungshauptkasse.

Berlin, 22. Okt. (Eig. Funktm.) Die Unterdrückungen des ungerechten Kasseneinamts bei der Regierungshauptkasse in Düsseldorf beklagen sich nach den neuesten Feststellungen um mindestens eine halbe Million Mark. Die Unterdrückungen reichen bis zum Jahre 1923 zurück. Angeht die letzte der ungetreuen Beamte Gerlich mit einer geschiedenen Frau zusammen, die an ihn außergewöhnlich hohe finanzielle Ansprüche stellt.

Deutsch-österreichische Rechtsgleichheit.

Berlin, 22. Okt. (Eig. Funktm.) Am Sonntag findet in Berlin eine Besprechung von Vertretern des österreichischen Nationalrates und des deutschen Reichstages über die Strafgesetz-Reform statt. An dieser Besprechung nehmen teil als Vertreter der österreichischen Volksvertretung der frühere Justizminister Dr. Weber, ferner Dr. Rintelen und der Sozialdemokrat Dr. Fischer, als Vertreter des deutschen Reichstages die Abg. Raht (D. W.), Emminger (S. B. P.) und Dr. Rosenfeld (S. P. D.). Es dürfte das erste Mal sein, daß direkte Verhandlungen von Parlament zu Parlament zwischen Deutschland und Deutschösterreich stattfinden.

Vom Zuge zermalmt.

Hamm, 22. Okt. (Eig. Funktm.) Ein Zugführer und ein Schaffner wurden am Freitag abend beim Überfahren der Gleise von einem Zuge erlegt und vollkommen zermalmt.

Im Streik ergriffen.

Straßfurt, 22. Okt. (Eig. Funktm.) In der Nacht zum Samstag um 12.15 Uhr morgens wurde im Verkauf eines Streiks ein 33 Jahre alter Tagelöhner von einem 23 Jahre alten Ausdrucker durch einen Schuß in die linke Brustseite getötet. Der Täter ist festgenommen.

Bergmannslos.

Bochum, 22. Okt. (Eig. Funktm.) Auf Zede Heinrich Gustav führte am Freitag abend in dem neu abgeteuten Schacht Arnold eine Bombe, die mit 15 Arbeitern besetzt war, beim Hochziehen in die Tiefe. Ein Schachtmann wurde durch den ersten Schuß getötet, 2 Arbeiter erlitten sehr schwere Verletzungen, andere mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Persil kalt verrühren und allein verwenden!

Billige böhmische Bettfedern!
Nur reine gutfüllende Sorten.
Ein Kilo: graue geschlossene Mk. 2,-
halbwolle Mk. 4,-, weiße Mk. 5,-
bessere Mk. 6,-, Mk. 7,-, daunen-
weiche Mk. 8,-, Mk. 10,-, beste Sorte
Mk. 12,-, Mk. 14,-, Versand portofrei,
zollfrei gegen Nachnahme, Muster
frei. Umbausch und Rücknahme
gestattet. **Reinhold Sachsel, Lobos Nr. 591**
bei Pilsen, Böhmen

Die Anfertigung von Strümpfen
Längen, Stufen
sowie das Anstricken v. Strümpfen
vom kleinsten bis zum größten Garn
richtet zu billigen Preisen aus
Maschinen-Strickerei
Albert Zimmermann
Breiteweg 32, Hof, III.

Speise-Kartoffeln
(Industrie) zum Winterbedarf empfiehlt
preiswert
Heinrich Braune,
Blücherstraße 16.

Nützen Sie die Zeit jetzt
zum Spritzen der Obstbäume
und zum Anlegen der Leim-
ringe. Sie werden an der
nächsten Ernte merken, daß
sich die Arbeit bezahlt macht!
Alle Zätseln und Apparate
wie bekannt in der
Drogenhandlung
Otto Henicke
Bakernstraße 9,
Penzance 2522.

Küffner reinigt chemisch
Anzüge, Kleider usw.
Anerkannt vorzügliche Leistungen!
Fabrik: Harleberstr. 12, Zweiggeschäft Holzmarkt 23,
Fernsprecher 2083.

Klug sein, wie er!

Jeder ist seines Glückes Schmied!

Geschaffenes Glück
ist haltbarer als zufälliges. Man
wird als Raucher den Tag als
Glückstage preisen, an dem
man erkannte und erwählte
Josefetti Juno
die köstliche 48 Cigarette
ohne Mundstück und mit Gold

Neu eröffnet!

Patentingenieur Böhme
HALBERSTADT, BREITENWEG 29
Mitglied des Verbandes beratender Pat.-Ing.

Halberstadt, Platz: Burchardianger
Letzte

SARRASANI

Tage

Jeden Abend 7³⁰ Uhr: „Die Revue der Welt!“
Sonnabend u. Sonntag auch nachmittags 3 Uhr
Kinder auf allen Sitzplätzen halbe Preise.
Sonntag 11—1 Uhr: Tierschau, Indianerdorf,
Massenkoncert.
Montag: Große Abschieds-Vorstellung mit vollem
Programm.
Vorverk.: Kaufhaus Willy Cohn, Schmiedestr. 31, Tel. 2011.
Circuskassen sind ununterbrochen von 10 Uhr an geöffnet.
Fahrrad- und Motorradanbewahrung in der Schau.
Es ist noch keine Vorstellung ausverkauft!
Schluß: 24. Oktober!

Zwei Spezialitäten,
die Sie nur bei uns erhalten:
Barleber Bauern-Käse
das Stück 20 Pfennig
Barleber Spitz-Käse
4 Stück 35 Pfennig
Loepfer-Compagnie
Butterhandlung zu den drei Glocken
Breitenweg 24.

Elektrische
Licht- u. Kraftanlagen
Erweiterungen, Reparaturen
Reparaturwerk für Elektromotoren
schnelle und preiswerte Bedienung.
Halberstädter Motoren-Werk
Tel. 2052. H. Meurer Domplatz 5.

Spielwaren * Puppenklinik
Rudolf Schöpke, Lichtengraben 1.
„Stern“-Konditorei
Spiegelstraße 9/10.

Tapeten
in allen Preislagen, sowie Reste
Linoleum
Läufer und Stückware
Wachstuche
Decken, Stülckware und Reste
Sämtliche Anstrichmaterialien
wie Kreide, Sichelweiß, Firnis usw.
empfehlen billigst
GEBR. SONDHEIM
Grudenberg 7 Hoheweg 20
Telephon 2485

Hotel Prinz Eugen
Direktion: E. Schmalz
Fernsprecher Nr. 2057
Elegante Restaurants / Erstklassige Küche /
SALE FÜR HOCHZEITEN UND GESELLSCHAFTEN
Sonntag, den 25. Oktober
16¹⁵ Uhr
Tanz-Tee
ab 20 Uhr
Gesellschafts-Abend
- mit Tanz -

Spiegelsberge
Jeden Sonntag und Mittwoch
Künstler-Konzert
Anfang 3¹⁵ Uhr. Eintritt frei.

Kleiner Saal Stadtpark Kleiner Saal
Heute Sonntag:
Gesellschafts-Ball
Verstärktes Orchester
nur Schlagel.
Anfang 6 Uhr.
Jeden Donnerstag:
Tanzabend, Anfang 8 Uhr.

Wir ermäßigen
von Montag ab
unsere Butterpreise!
Anerkente Drei-Glocken-Butter, das Pfund 2,40 R.-M.
Gute, frische Wolferei-Butter, das Pfund 2,30 R.-M.
und außerdem wie üblich 5% Rabatt-Sparmarken!
Toepfer-Compagnie
Butterhandlung zu den drei Glocken, Breitenweg 24.

Wehrftedt.
Heute Sonntag
Preis-Stat.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 2.- Mr.
Goldweife!
Es laßt ein
Ernst Raedde
Fleischerjaken
Malerkittel
von 475 Mart.
Emil Pleitner.
Schulstraße 22.

Sternwarte
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Künstler-Konzert
Anfang 3¹⁵ Uhr. Eintritt frei.

Hausmusik- und Lieder-Abend
Ernst Duis Singkreis Halberstadt
Montag, 24. Oktober, abends 8 Uhr
im Saal der „Deutschen Mädchen-Oberschule“
Veranstaltet vom Jugendamt.
Aus der Vortrags-Folge:

1. Alte deutsche Tänze
2. Geistliche und weltliche Lieder mit und ohne Instrumentalbegleitung
3. Lieder und Balladen zur Laute
4. Eigene Vertonungen von Ernst Duis

„Stern“-Konditorei
Spiegelstraße 9/10.

Eisu-Betten
Stahlmatr., Kinderbett,
günst. an Priv. Kat. 881 fr
Kissenfabrik Saal (Theat.)

NEU ERÖFFNET!
„Stern“-Konditorei
Fritz Schulze
Spiegelstraße 9/10, Ecke
Wilhelmstr., Fernspr. 1311
Sonntag von 2 bis 4 Uhr geöffnet.
NEU ERÖFFNET!

WARTBURG
Jeden Mittwoch und Sonntag
nachmittags 3¹⁵ Uhr:
Künstler-Konzert
Kapelle Göricke. Eintritt frei.

Forsthaus
Konzert
Sonntag ab 3 Uhr:
Eintritt frei!
Ab 2 Uhr nachmittags **Autobus-Verkehr**
Bei ungünstigem Wetter Konzert im Saal

Goldener Hater
Jeden Sonntag:
Tanz
Neue Jagdbandlabell:
Hermann Braatz
Domstraße 6.
Unterm Eindendamm
Quelle bestimmt!

Wehrftedt
Stadt Hamburg
Sonntag
Sonntagsbraten
Dierau laßt ergebenst ein
Fr. Schüge.

Von einem 13-jährigen Beinleiden
... alle Hilfe und Mittel erfolglos waren, hat
nach Herr G. Heller, Magdeburg, am 24. April 1917
vollständig geheilt.
Eindend. Reingemeinschaft 10. ges. Hermann Zeile.

NWK WOLLE
Schweisswolle
läuft nicht ein und filzt nicht
Überall erhältlich auf Wunsch
Bezugsquellen-Nachweis durch:
Norddeutsche Wollkammer
2 Kammergassplanerei
Kontor Hannover, Rundstraße 4
Fernruf: West 2864

Kaiser's Brust-Caramellen
mit den „3 Tannen“
Sie sehen, wie dieser Mann der harten Arbeit
auch bei Schneetreiben zufrieden und froh ist,
denn seine Gesundheit ist ohne Störung, seit er
sich vor Erkältungen schützt mit diesen köstlich
schmeckenden Hustenbonbons. Jeder Husten,
jedes Kratzen im Hals verschwindet innerhalb
wenigen Tagen schon bei sofortiger Anwendung
von **Kaiser's Brust-Caramellen** mit den
„3 Tannen“, diesem seit 33 Jahren bewährten
und köstlich schmeckenden Hustenpräparat.
Scheuen Sie nicht die Kosten, die gering sind,
gemessen an der gefährlichen Auswirkung ver-
nachlässigter Erkältungen.
Paket 40 Pfg. Dose 80 Pfg.
Zu haben in Apotheken Drogerien und wo
Plakate sichtbar.

Handwerker, Kaufleute, Beamte
„Wahren Jacob“
wird als Sondernummer „Zum
9. November“ erscheinen. Der
Gesamtkarakter dies Nummer
ist lehrreich und stimmungsvoll
gehalten. Es sind u. a. enthalten:
Kurze Geschichte d. Revolution. Illustrierte
Unterhaltungsbeilage: Erinnerungen an den
9. November. Viele große und kleine Bilder
aus der Revolutionszeit. Festblatt: Schwarz-
rot-Gold“ u. r. z. - Zehnreiche illustra-
tive und textliche Beiträge satirischer u.
humoristischen Inhalts anserdem
Es dürfte sich empfehlen, Be-
stellungen so frühzeitig wie
möglich an uns oder unsere
Zeitungsboten antzugeben. Die
Zustellung erfolgt durch die
Zeitungsboten, sonst kann die
Nr. nach von uns abgeholt werden
Preis 30 Pfennig.

ACHTUNG!
Die am Sonnabend, 29. Okt. zur
Auslieferung kommende Nr. 9 des
Wahren Jacob
wird als Sondernummer „Zum
9. November“ erscheinen. Der
Gesamtkarakter dies Nummer
ist lehrreich und stimmungsvoll
gehalten. Es sind u. a. enthalten:
Kurze Geschichte d. Revolution. Illustrierte
Unterhaltungsbeilage: Erinnerungen an den
9. November. Viele große und kleine Bilder
aus der Revolutionszeit. Festblatt: Schwarz-
rot-Gold“ u. r. z. - Zehnreiche illustra-
tive und textliche Beiträge satirischer u.
humoristischen Inhalts anserdem
Es dürfte sich empfehlen, Be-
stellungen so frühzeitig wie
möglich an uns oder unsere
Zeitungsboten antzugeben. Die
Zustellung erfolgt durch die
Zeitungsboten, sonst kann die
Nr. nach von uns abgeholt werden
Preis 30 Pfennig.
Volksbuchhandlung
Halberstädter Tageblatt.
Neu eröffnet!

— Die Stromlieferung wird am Sonntag mittig in der Zeit von 12—13 Uhr unterbrochen. (Siehe Anzeiger).

— Im Saale der Gegenwart wird mit der Arbeitskraft des Einzelnen noch viel zu viel Raubbau getrieben. In tausendfacher Dingen können wir uns Erleichterung verschaffen, wenn wir alle mehr die Erleichterungen der Freizeit uns zu eigen machen wollten. Das Städtische Elektrizitätswerk wird aus diesem Grunde am Dienstag abend 8 Uhr im Städtischen Kurhaus einen Vortrag mit praktischen Vorführungen halten lassen, um uns mit den „Mitteln der Erleichterung“, die alle Arbeit für uns im Leben mit sich bringen, näher bekannt zu machen. Um 10 Uhr wird ein Vortrag im Kurhaus einen Bleistift, um sich jene Vorteile zu machen und Einlagen stellen zu können. Außerdem erhält jeder Besucher die Möglichkeit, an einer Ortserleichterung teilzunehmen. Die Zusammenkunft zu verlassenden Gegenständen ist so getroffen, daß jeder Besucher daran seine Freude haben wird. Sämtliche Eintrittskarten sind aus diesem Grunde allen Besuchern aufzugeben. Veräume niemand, die günstige Gelegenheit, um die neuen Wege zur Arbeitserleichterung in Wohnräumen und Küche kennen zu lernen.

— **Kindenbegrüßung und Hofausgänger.** Herr v. d. Heyden bittet uns, darauf hinzuwirken, daß er wieder mit den Hofausgänger etwas zu tun, noch von der Kindenbegrüßung etwas erhalten hat.

— In letzter Höhe kann man jetzt auf dem Marktplatz an dem Turm des Rathauses Dankbar ihren gefährlichen Beruf nachschauen. Die Dachreparaturarbeiten an den beiden Rathäusern in Schwinderhöhe auf einem Siggelstein liets eines große Gefahr auszuhalten an.

— **Das Alte fällt.** Dem Zeitgeist entsprechend hat auch das alte Hainbeinle Haus in der Breitenstraße 32 seinen Tribut zahlen müssen. Dort, wo von alterher die Försternische Ausgehenden ihre Säule hatte, ist ein Lebensbaum moderner Art entstanden. Die Firma Walter Schmidt, bekannt durch die Gebirgsarbeit der zum Verkauf angebotenen Bären, hat da einen mit allen neuzeitlichen Einrichtungen ausgestatteten Umbau vorgenommen, den nicht nur die Einheimischen, sondern auch die vielen hierher kommenden Fremden ihre aufrichtige Freude bilden werden. Durch den Umbau sind die zwei Säugetiere um weitere drei Auslagen vermehrt, die in ihren Darstellungen das Beste vom Neuen zeigen. Den Ruf der Firma, die Gebirgsarbeit und Feldmark fenzelnicht, wird dieser Umbau noch steigern.

— **Wahlrechtsverbrechen und Diebstahl in Altersheimen.** Helene Kirke, entwichene Helene Berta Kirke, geboren am 16. Februar 1896 in Lubitzburg, ist am 7. Oktober 1927 aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Meerane in Sachsen entwichen. Sie verübte in den letzten Jahren in allen Gegenden des Reiches, so auch am hiesigen Orte, zu verschiedenen Malen und unter den verschiedensten Namen Betrügereien und Diebstähle in Altersheimen. Sie wurde am 18. Februar 1927 von der Kriminalabteilung Schweinitz festgenommen und anschließend daran zu einer Zuchthausstrafe von 2½ Jahren verurteilt. Sie hat aber noch weitere Strafen zu verbüßen. Die Verbrechen sind der Natur nach, daß sie ihre trüben Tätigkeiten sofort wieder aufnehmen wird. Sollte die S. am hiesigen Ort wieder auftreten, so bittet die Kriminalpolizei um sofortige Mitteilung.

— **Die Auswanderungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Beamte** sind nur gering. Anfolge der starken Überfüllung dieser Berufe in Deutschland ist die Auswanderungsneigung in vielen Kreisen sehr groß; jedoch sind Bedingungen, wie sie denen der Beamten auf unseren großen Gütern entsprechen, im Auslande nur selten zu haben. Vorher ist, als landwirtschaftlicher Beamter, auch schwere körperliche Arbeiten zu verrichten, wird infolge ihrer früheren Tätigkeit sofort wieder aufnehmen wird. Sollte die S. am hiesigen Ort wieder auftreten, so bittet die Kriminalpolizei um sofortige Mitteilung.

— **Die Auswanderungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Beamte** sind nur gering. Anfolge der starken Überfüllung dieser Berufe in Deutschland ist die Auswanderungsneigung in vielen Kreisen sehr groß; jedoch sind Bedingungen, wie sie denen der Beamten auf unseren großen Gütern entsprechen, im Auslande nur selten zu haben. Vorher ist, als landwirtschaftlicher Beamter, auch schwere körperliche Arbeiten zu verrichten, wird infolge ihrer früheren Tätigkeit sofort wieder aufnehmen wird. Sollte die S. am hiesigen Ort wieder auftreten, so bittet die Kriminalpolizei um sofortige Mitteilung.

Aus Halberstadt.

Mordverurteilung

um sich von der Alimentsanzahlung zu befreien?

Ein junges Mädchen, die ein Kind von zwei Jahren hat und am 10. Oktober wiederum Mutter wurde, bekam die erste Tage ein Paket mit Kuchen zugefickt. Dem Vater der Waise ist die Sache nicht ganz geheuer vor, weil sich nicht feststellen ließ, von wem der Kuchen kam. Selbst auch der Leberbringer war nicht mehr zu ermitteln. Deshalb ging der Vater zur Polizei und, den Kuchen zu untersuchen. Die Polizei kam dem Verlangen aus nach. Dabei stellte es sich dann heraus, daß der Blätterkuchen bejodiert präpariert war. Die obere Dede muß abgehoben worden sein, denn an Stelle der darunter befindlichen Cremeschicht befand sich hier Mennige, aufgetragen. Die Ermittlungen der Polizei gingen nun dahin, zunächst den Leberbringer festzustellen. Das gelang auch. Es handelte sich um einen jungen Mann, der auf dem Dampfplatz wohnt. Er wollte das Paket von einem anderen Mann auf dem Breitenweg erhalten haben. Auf die Befragung, die er gab, wurde der Vater des zweiten Kindes des jungen Mädchens festgenommen. Bei der Gegenüberstellung mit dem Leberbringer, stellte sich aber heraus, daß dieser nicht der Auftraggeber war. Die beiden gestrichelten festgenommenen blieben aber in Haft. Heute früh ließ sich der Leberbringer des Kuchens dann vorführen und erklärte, die Wahrheit sagen zu wollen. Er nannte den Vater des ersten Kindes als den Auftraggeber. Dieser wurde festgenommen, befreit aber, den Kuchen zur Waise dem Leberbringer gegeben zu haben. Es ist anzunehmen, daß der Kuchen von dem Vater dem jungen Mädchen zugefickt wurde, in der Hoffnung, daß sie dem zweiten eigenen Kinde davonab, um dieses damit aus der Welt zu schaffen und so von der Alimentsanzahlung befreit zu werden. Die drei jungen Männer sind dem Untersuchungsrichter zugeführt, der nun Klarheit in die dunkle Sache bringen soll.

— **Personalnachrichten.** Hofkammern Rechnungsrat Schulz ist für 24jährige freie Dienstzeit durch ein Anerkennungsdiplom des Herrn Reichspräsidenten ausgezeichnet worden.

— **Stadtkonferenz.** Sonntag 16 Uhr „Surra, ein Lunge“, der originale Detektivroman, 1914, Uhr „Brig von Homburg“, Dienstag 20 Uhr „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“, Mittwoch geistlich. Donnerstag 20 Uhr „Brig von Homburg“, Freitag Schafepares Komödie „Was für Was“. Sonnabend 20 Uhr Erbauung „Ein Puppenheim“, das 1879 von Josen gelehrte eine Schild, das fälschlicherweise immer unter dem Titel „Puppen“ angeführt wird, behandelt das Problem der Ehe in der Josen eigenen reißend-psychologischen Gestaltungskraft, die auch heute noch nichts von ihrer dramatischen Wirkungskraft eingebüßt hat. Wo von Josenbuch in jenem das Wert. Sonntag nachmittag „Das Oratorium des unbefangenen Soldaten“. Sonntag 1914, Uhr „Son Windhund“, wird in jenem von Herrn Hofmann.

— **Die Auszahlung der Militärversorgungsbeträge** für November 1927 findet ausnahmsweise bereits am 27. Oktober an bezeichneter Stelle statt.

— **Große Jubiläumsgesellschaft** am Sonntag in Schützenau. Aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens des Gefäßgesellschaftsvereins soll die diesjährige Ausstellung im größeren Rahmen als bisher stattfinden. Aus den Ausstellungskomitees entnehmen wir folgendes: Nebenbei Standgebern stehen viele und hohe Ehrenpreise gegenüber. Der Magistrat und das Landratsamt bemühen durch die Stiftung wertvoller Leistungspreise ihr Interesse an der heimatischen Gefäßgesellschaft. Auch die landwirtschaftlichen Vereine und verschiedenen Gefäßgesellschaften zeichnen für unsere Jubiläumsschau viele Ehrenpreise. Gönner und Mitglieder des Vereins spendeten anlässlich der Ehrenpreise. Da der Gefäßgesellschaft-Verein noch eine größere Summe zum Erwerb von silbernen Gefäß für diesen Zweck bereitstellt, wird durchsichtlich jedes Gebote ausgeführt mit einem Ehrenpreis bedacht werden. Um Mitgliedern von Halberstadt und Wehrfelde, die dem Verein nicht als ordentliche Mitglieder angehören und infolgedessen nicht ausstellen dürfen, hierzu Gelegenheit zu geben, können diese bis zum 5. November die Mitgliedschaft ohne das sonst übliche Eintrittsgeld erwerben. In diesem Falle müßte die Anmeldung zum Eintritt in den Verein sofort erfolgen. Sont ist die Ausstellung eine allgemeine und kann von jedermann besucht werden. Die Jubiläumsschau soll besonders ein Bild der heimatischen Gefäßgesellschaft geben; daher werden die Halberstädter Vereine und der Umgebung gebeten, sich in irgend einer Weise an der Ausstellung zu beteiligen. Substanten und Gefäßgesellschaften können Gegenstände und Füllmaterial, die in der Gefäßgesellschaft gebraucht werden, mit Einverständnis der Ausstellungsgesellschaft zur Schau stellen. Programme und Anmeldebögen versendet der Ausstellungseiter Herr Dosquet, Rahabne 3. Dorthin sind alle Anfragen wegen Aufnahme in den Verein, Stiftung von Ehrenpreisen usw. zu richten.

— **39. Ausbildung in der Säuglingspflege.** Am 14. Säuglingsheim beginnt am 1. November ein neuer halbjähriger Lehrgang zur Ausbildung junger Mütter über 18 Jahre in der Säuglings- und Kleinkinderpflege. Der Lehrgang erfordert täglich 8—9 Std. eine vollständige Mittelpause nicht eingeplant. Ein guter Gesundheitszustand ist Voraussetzung für die Aufnahme. Eine staatl. Prüfung für Säuglingspflegerinnen kann hier jedoch nicht abgelegt werden. Junge Mütter, die Lust und Liebe zur Erziehung der Kinderpflege haben, können Näheres im Säuglingsheim, Burdorbort 3-4 erfahren.

— **Die Balduf-Zusstellung** des Kunstvereins im hiesigen Museum ist am Sonntag bis 14 Uhr mittags geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt nur 20 Pf. Für Mitglieder des Kunstvereins, Fernreisenden, Ausstellungen, ebenso wie den Besuch des heutigen Borzuges Baldufs in der Festschule des Anzuges, Friedensstraße, wo der Meister selbst über die Bedingungen der bildenden Kunst spricht. Für organisierte Arbeiter sind Karten zu ermäßigtem Preise im Gewerkschaftshaus zu haben.

— **Ein Betrüger.** Zu einem hiesigen Koch kam ein Mann und bat ihn, auf der Geburtsstagsfeier seiner Schwester in Blumenberg zu kochen. Der Koch sollte dafür 80 Mark erhalten. Man schloß das Geschäft auch ab. Beim Ansetzen sah der Besucher in seiner Geldbörse nach, in der sich nicht 80, sondern 70 bis 80 Mark befanden und fragte dann den Koch, ob er ihm nicht 15 Mark voran käme, er setze sie sofort wieder. Er hätte noch wichtige Einkäufe vor, für die sein Geld nicht hinreichte. Der Koch gab auch gutwillig 15 Mark. Als sich der Besucher entfernt hatte, schloß er aber doch Verdacht und wollte dem Besucher nachgehen, der aber schon verschwunden war. Auf seine Nachfrage in Blumenberg erfuhr der Koch, daß ein Arbeiterhelfer dort, als solcher hatte sich der Besucher ausgegeben, garnicht in Blumenberg existiert. Es handelt sich also um einen Schwindler. Er ist ungefähr 1,50 m groß, hat runde Gesicht, rötlichen Kopf und trägt eine gelbe Kappe. Es ist möglich, daß er einen Mantel und Stiefel trägt.

— **Festgenährter Diebstahl: Sarcocoll-Billets.** Aus einer Verkaufsstelle für Sarcocoll-Billets sind gestern 66 Eintrittskarten, und zwar 50 Stück Spererische und 16 Stück Halberstädter, entwendet worden. Es handelt sich um Karten, die für die Sonntagsvorstellung „Alte Zeiten“ ausgeben. Wer irgendwo diese Karten feststellt, wird gebeten, sofort den nächsten Polizeibeamten zu benachrichtigen.

— **39. Vortragabend** der „Kunstvereins“. Mit wollen noch einmal auf die seltsame Begebenheit hin, einem Meister der Malerei über das für uns alle wichtige Problem zu hören, wie man Werke der bildenden Kunst zu betrachten hat. Der Vortrag ist heute 20 Uhr im Saal der Deutschen Oberschule. Am Sonntag, dem 10. Uhr Führung durch die Balduf-Gemälde im Museum. Am Mittwoch 15 Uhr Führung durch die Graphik. Beide Führungen nur für Führer der Volkshochschule.

Der Arbeitsmarkt unverändert.

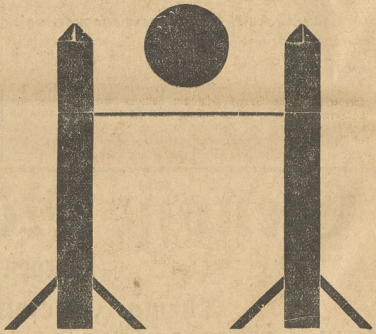
— **3. R.** In der Berichtswode vom 13. bis 19. Oktober 1927 blieb die Arbeitsmarktlage unverändert. Die Anmeldungen Erwerbsloser konnten fast reiblos durch Vermittlungen ausgeglichen werden. In der Berichtswode vom 13. bis 19. Oktober 1927 blieb die Arbeitsmarktlage unverändert. Die Anmeldungen Erwerbsloser konnten fast reiblos durch Vermittlungen ausgeglichen werden. In der Berichtswode vom 13. bis 19. Oktober 1927 blieb die Arbeitsmarktlage unverändert. Die Anmeldungen Erwerbsloser konnten fast reiblos durch Vermittlungen ausgeglichen werden.

— **Betriebe** wurden nicht stillgelegt. Bei der Notstandsarbeit „Regulierung der Holtemme“ in Altenhagen, sind jetzt 21 Kriegen- und Arbeitslosenunterstützungsempfänger beschäftigt.

Wieviel Prozent Wasser darf Butter enthalten?

— **W.** und **Gen.**, welche in Färrnenmalde a. d. Spree mit Butter handelten, waren zur Verantwortung gezogen worden, weil in ihrer Butter 18,6—19,8 Prozent Wasser und nur 74,2—79,1 Proz. Fett enthalten war. Der normale Fettgehalt der Butter beträgt 11—13 Prozent. Nach einer amtlichen Befandnahme vom 1. März 1927 ist Butter höchstens 16 Prozent Wasser und mindestens 80 Prozent Fett enthalten. Das Amtsgericht in Färrnenmalde verurteilte die Angeklagten zu Geldstrafen auf Grund des § 11 des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879, weil sie aus Fahrlässigkeit ein verfallenes Nahrungsmittel verkauft bzw. eingeliefert haben; nach einer Erklärung des verurteilten Sachverständigen hätten sie sich leicht davon überzeugen können, daß die Butter zwei Prozent Wasser enthalten habe, indem sie ein Stück Butter anschnitt und dann mit einem Messer auf die Butter drückte; enthalte die Butter zwei Prozent Wasser, so trete das Wasser aus der Butter heraus. Da die Angeklagten eine solche Prüfung der Butter nicht vorgenommen hatten, so sollte ihnen Fahrlässigkeit zur Last, welche zur Verurteilung ausreichte. Gegen seine Verurteilung legte W. Revision beim Kammergericht ein und betonte, das Amtsgericht hat den Begriff der Fahrlässigkeit verkannt; er habe die Butter bei ganz verschiedenen Anlässen aufgeführt; in mancher Handverarbeitete er nur 1,2 oder 3 Pf. erhalten; man könne daher unmöglich von ihm verlangen, daß er jedes Stück Butter, welches er zum Wiederverkauf aufgeführt habe, auf seinen Gehalt an Wasser prüfte. Angeklagt ist er wegen vorsätzlicher Verfallung eines Nahrungsmittels, während er tatsächlich, ohne daß er auf die Veränderung des richtigen Fettgehalts hingewiesen worden sei, wegen Fahrlässigkeit Verfallung von Butter verurteilt worden sei. Der 3. Strafsenat des Kammergerichts hob auch die Verurteilung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Amtsgericht zurück und führte u. a. aus, die Verurteilung sei nicht aufrechterhalten, insbesondere verfolge die Verurteilung gegen § 265 der Strafprozessordnung. Eine Verurteilung des Angeklagten dürfte hierauf auf Grund eines anderen als des im Beschuß über die Gründung des Hauptverfahrens angeführten Strafgesetzes nicht erfolgen, ohne daß der Angeklagte zuvor auf die Veränderung des richtigen Fettgehalts besonders hingewiesen sei. Tatsächlich sei W. wegen vorsätzlicher Nahrungsmittelverfälschung angeklagt, aber verurteilt worden, weil ihm nur Fahrlässigkeit zur Last falle. Aus dem Verhandlungsprotokoll sei nicht zu ersehen, daß der Angeklagte auf die Veränderung des richtigen Fettgehalts besonders hingewiesen worden sei. (S. E. 291. 27.)

Der springende Punkt



den Du bei Vereinerung für die Sarzer Volksstimme immer und immer wieder ins Treffen führen mußt, ist der, daß die

Sarzer Volksstimme

nicht nur einen aktuellen Nachrichtendienst aus der Provinz, dem Reiche und der ganzen Welt anweist, nicht nur einen äußerst reichhaltigen Lesestoff aus allen Gebieten des Weltreiches, der Unterhaltung und des Wissens enthält, sondern daß es vor allem Dinge, das einzige Blatt Ihres Verbreitungsgebietes ist, das eine unbedingt wahrheitsgemäße und kritische Darstellung uneres politischen und wirtschaftlichen Lebens vom Standpunkt des arbeitenden Volkes aus gibt. Das allein schon sollte jein, der es mit dem wertvollen Volk endlich nicht veranlassen, die

Sarzer Volksstimme

zu bestellen.

Bestellungen nehmen unsere Boten, wie auch die Annahmestelle Berningerode, Burgstraße 9 entgegen.

Bitte hier abtrennen:

Bestellschein

Name: _____ Ort: _____
Stand: _____ Nr.: _____
Straße: _____
bestellt hiermit die „Sarzer Volksstimme“, für den
Monat _____

Prof. Mag Adler-Wien

Spricht heute Sonntag abends 1/8 Uhr im Odeon über die Staatslehre des Marxismus. ...

In die Quartiergeber zur Adler-Tagung!

Genossen und Genossinnen! An recht stattlicher Zahl sind unsere auswärtsigen Gäste erschienen. ...

Halberstädter Kaufleute nach Kohlenbergwerk Benna.

Auch ein Beitrag zum Bergarbeiterstreik.

Unter dieser Ueberschrift erschien am 19. d. Mts. in unserer Zeitung eine Aufschrift. Hierzu schreibt uns das Arbeitsamt: ...

Zweite Funkschau Halberstadt 1927.

Der Radioklub Halberstadt veranstaltet am 25. 26. und 27. November im Saale der Harmonie eine zweite Funkschau. ...

Die Bedingungen für diesen Wettbewerb gehen hiermit bekannt. Sie lauten:

- 1. Jeder Bewerber, einerlei ob Mitglied des Radioklubs oder nicht, darf nur je ein Gerät derselben Gattung ausstellen. ...

Grundzüge für die Bewertung der Empfangsgeräte beim Balkenwettersender der Funkschau 1927.

- 1. Die Apparate werden im Rhythmus der Oberwellen (Wellenlänge) geprüft. 2. Die Apparate werden in Klassen eingeteilt: 1-Klassen, 2-Klassen etc. ...

Aus Ochsersleben.

(Mitgliederversammlung der S. D. D.) Junkschau wurde mitgeteilt, daß am 16. November eine Kreisammunalskonferenz in Ochsersleben stattfand. ...

Aus Quedlinburg.

(Nationalsozialisten) Hier gibt es seit Jahren in keine Partei nationalsozialistischer Färbung, die auch zwei Stadtratsmandate im Stadtparlament erlangt hat. ...

Kreis Quedlinburg.

Am 22. Oktober (Kutschanderfahrten) Der seit 15. d. Mts. verkündete Kreistagsanruf ist uns über Herrn Stadtdirektor nach Quedlinburg bringt, ...

Berenburg, 22. Oktober. (Familien-drama)

Im Stadt Hofsaal hat sich ein furchtbares Familien-drama in höchst schmerzlicher Weise abgespielt. ...

Die Weimarer Nietzsche-Tagung.

Auf der Nietzsche-Tagung in Weimar, die den programmatischen Titel „Nietzsche und das 20. Jahrhundert, Die Apologie des Menschen“ führte, sind drei Vorträge gehalten worden. ...

Nationalismus des 18. und dem Marxismus, dem „Materialismus und dem Weltanschauungsbein des 19. Jahrhunderts. ...

Auf weit höherer Warte standen die beiden anderen Vorträge. Der Frankfurter Biologe Dr. Fringsen sagte: ...

Nietzsche war eine schillernde Persönlichkeit und vielseitig auch gut gefüllt, um einseitig zu sein. ...

Filmschau.

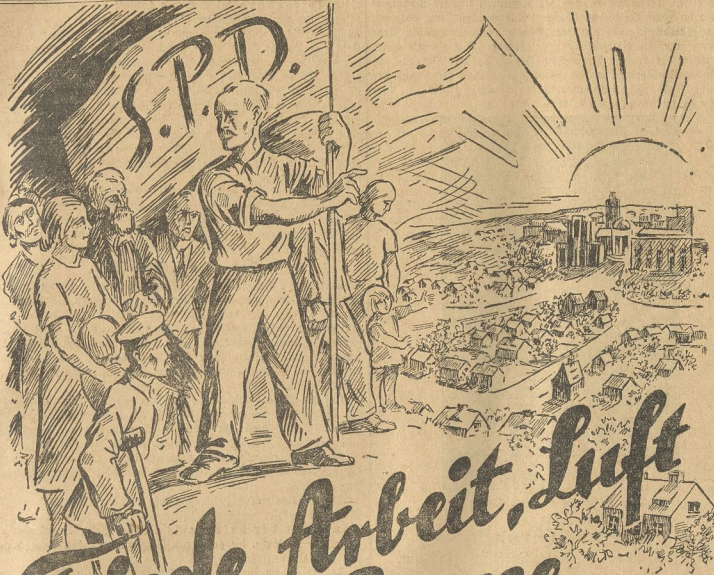
Die Halberstädter Kinoprogramme. bringen im Lichtspieltheater eine wertvolle Bereicherung des bisherigen Schauspiel „Liebele“ von A. Schnitzler. ...

In den 8 Kammerlichtspielen wird der neue Film des Regisseurs Hans Kralowitz gezeigt. ...

Geschäftliches.

Krankentafel „Vollkommene“. Die vor Jahresfrist entstandene „Vollkommene“ Krankentafelgesellschaft der Volkshilfebewegung hat einen glänzenden Aufschwung genommen. ...

Table with 2 columns: Item and Price. Includes items like Berliner Produktivbier, Getreide, etc.



Die Welt steht in Waffen. Zwar wird von Abrüstung viel geredet, doch die Praxis zeigt ein heftiges Wettrennen in den Händen der Welt. Zucht und Willenskraft erweisen sich als die stärksten Fähigkeiten, die die Welt gleich einem Raubtier, das auf den zündenden Funken wartet. Vaterländische Verbände und irreguläre junge Männer unter Führung alter pensionierter Offiziere warten auf jeden Augenblick und halten den Kriegsgott lebendig. Für die kämpfenden Massen des Volkes gibt es nur eine Antwort: Kampf unter dem Banner der SPD für den Frieden, gegen jedes Völkermord!

Die Sozialdemokratie bekämpft diese Kulturhande, sie will nicht Verwüstungen und Zerstörungen, sondern sie hat ihren ersten Willen zur Mitarbeit am Wiederaufbau immer gezeigt. Man hat diese Mitarbeit verweigert. Der Bürgerkrieg ruht und geht offen sein wahres Gesicht: er ist eine einseitige Unterwerfung der kapitalistischen Schichten und des Autokratismus. Zwar hat Hindenburg bei der Bildung dieser Reichsregierung von der Wahrung der berechtigten Interessen der breiten Arbeiterschaften gesprochen, aber was hat die Regierung getan?

Nach all das Herd der Arbeitslosen tiefengroßt Arbeitswillige Frauen und Männer werden zum Nichtstun ver-

damm, werden in Not und Elend getrieben. Bewußt ist in der Sozialpolitik kein Stillstand eingetreten, aber das ist einzig das Verdienst der Sozialdemokratie. Sie ist die einzige Partei, die tatkräftig und erfolgreich für die Interessen der Arbeitslosen eintritt. Erwerbslosenunterstützung, Erwerbslosenversicherung und Arbeitsbeschaffung sind Folge der Sozialdemokratie. Zwar bleibt in dieser Beziehung noch mancher Wunsch offen, doch können alle Vorkriegszeiten dabei helfen, indem sie den Einfluß der SPD in allen Parlamenten stärken. Erst dann kann Großes geleistet werden. Auch da muß Mitarbeit werden, um für dich und die deinen, um für alle deine Klassenossen ein sonniges Dasein zu schaffen.

Nach heute mußt du deinen Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei vollziehen!

Licht, Luft und Sonne in die Arbeiterwohnungen!
Der Arbeiter, der den ganzen Tag in der dunklen und schmutzigen Fabrik arbeitet, hat ein Verlangen darauf, es gilt die Gesundheit der großen Volksmassen zu erhalten. Das Ziel ist groß und für die Arbeiterklasse eine Lebensnotwendigkeit. Wer wollte da nicht mitarbeiten! Jeder muß es. Darum
hinein in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Unsere Kinderfreunde-Bewegung.

Am Sonntag, den 16. Oktober 1927, fand in Dresden die vierte Reichstagung der Kinderfreunde statt. Vertreten waren der Parteivorstand der SPD, der DDBP, der Hauptvorstand der Arbeiterjugend, die Arbeiterkassenleitung und die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. Als erster Redner erhaltet Weimann-Berlin den Geschäftsbericht.

Aus ihm geht hervor, daß im letzten Geschäftsjahr die Bewegung einen starken Aufschwung genommen hat. Die Zahl der Ortsgruppen ist von 220 am Ende des letzten Geschäftsjahres auf 350 gestiegen. Diese 350 Ortsgruppen umfassen aber weit über 1000 Arbeitsgruppen. An den größten Städten besteht eine Ortsgruppe aus 20 und mehr Arbeitsgruppen. Im vorigen Winterhalbjahr bestanden 52 Gruppen über 5345 Veranstaltungen, die von insgesamt 220 450 Kindern besucht waren. Eine stattliche Zahl, wenn man bedenkt, daß es sich nur um einen Bruchteil der Gruppen handelt, die zur Verfügung bereit sind. Die Zahl der Veranstaltungen ist auf 14 gestiegen. Es ist zu erwarten, daß im kommenden Geschäftsjahre in allen Bezirken Deutschlands Bezirksleitungen gebildet werden, da bereits auch dort, wo noch keine Bezirksleitungen bestehen, Ortsgruppen vorhanden sind. Der 'Kinderfreund' erscheint in einer Auflage von 300 000. Einer Reihe sozialdemokratischer Parteizeitungen liegt der 'Kinderfreund' als Kinderbeilage bei. Täglich nehmen Tausende von Kindern an den Veranstaltungen der Kinderfreunde teil. In drei Bezirken werden Mitteilungsblätter herausgegeben. Der Materialbedarf hat im letzten Jahre ebenfalls an Umfang zugenommen. Die finanziellen Schwierigkeiten sind in der Bewegung noch immer die größten. Die Eltern müssen mehr zur Beitragsleistung für die Kinder herangezogen werden, ebenso sollten Staat und Gemeinde mehr für die Kinderfreunde tun. Schwierig sind auch die Vorleserhältnisse. Es gibt Kindergruppen, die sich sogar in Kelleräumen aufhalten müssen. Aufmerksam werden immer noch Schulklassen verweigert. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Erziehung der Jünger gewidmet. Im letzten dreizehnten Jahr wurden 18 Schulfesttage durchgeführt. Den Höhepunkt der Kinderfreundearbeit aber bildete die Kinderrepublik Estamp in Belgien, in der über 2300 Kinder vier Wochen lang untergebracht waren.

Anschließend erhaltet Dr. Kurt Böwensiein einen Bericht, in dem er ausführlich, daß die Kinderfreunde-Bewegung

Die erste pädagogische Bewegung der Arbeiterklasse ist: Unsere Erziehungsbewegung ist eine grundsätzliche andere, als die des Bürgertums. Wir müssen unserer Kinder schick machen, die letzte Gesellschaft umzugestalten. Die Differenzierung unserer Arbeit muß in den Kindergruppen durchgeführt werden. Diese Aufgabe müssen die Falken-Gruppen erfüllen. Die Falken-Gruppen müssen in Aktivitäten geteilt werden. Die Zusammenarbeit der roten Falken in der Kinderfreunde-Bewegung und der zu gründenden roten Falken-Gruppen der Arbeiterjugendbewegung muß ergründet werden. Der Hauptvorstand der Arbeiterjugend hat bereits in diesem Sinne seine Aufgabe gegeben. Die große Tat im letzten Jahre war das Zellengee Camp. Der Zellengee und die Kinderrepublik sind Aufbaumaterial und Sozialismus. Die Kinderrepublik hat mehr an staatsbürgerlicher Erziehung geleistet, als es je staatsbürgerlicher Unterricht vermag. Die differenzierte Arbeit in unserer Bewegung ist Anbauarbeit für die zukünftige Gesellschaft.

Es folgt dann der Bericht der Eingetragenen Kommission, den Margen-Münberg erstattet. Beschlossen wird, eine Anlaufsgemeinschaft über für die Kinderfreunde in Form von Wiederholungsheimen herauszugeben.

An der Mittagspause wurde der Film von der Kinderrepublik Estamp vorgeführt und mit großem Beifall aufgenommen. Der Film ist über 1200 Meter lang und gibt ein anschauliches Bild von dem Leben in der Kinderrepublik. Er eignet sich vorzüglich als Material für die Kinderfreunde und steht allen Organisationen zur Verfügung. Den Bericht hat der Reichsausschuß für Sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, übernommen.

An der Nachmittags Sitzung sprach Weinberger-Münberg über das Thema: 'Eltern und Kinderfreunde'. Der Referent führte aus, daß heute noch große Teile der Eltern-

schaft, auch solche aus der Partei, der Kinderfreundebewegung ablehnend gegenübersehen. Die Eltern müssen mit unserer Erziehungsbewegung vertraut gemacht werden. Der junge Jünger ist jetzt der Träger der Bewegung. Das ist ein erfreuliches Zeichen. Das Ziel unserer Erziehungsbewegung ist der aktive Kampf.

Es wurden anschließend noch mehrere Anträge angenommen, in denen u. a. Führungsveränderungen gefordert wurden. Es soll ferner eine Arbeitsgemeinschaft für die Jünger und eine Kinderbegegnung herausgegeben werden. Außerdem wurde eine Resolution angenommen, die eine Erklärung von DDBP begrüßt. In dieser Erklärung heißt es, daß die Gemeindefunktion bisher die Kinderfreundebewegung in manchen Orten finanziell unterstützt haben und dies in Zukunft noch mehr als bisher geschehen möge. — Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

Die Hölle auf dem Lande.

Zu welcher Brutalität die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre Trabanten den Kleinrentnern gegenüber fähig sind, zeigt eine Gerichtsverhandlung, die vor einigen Tagen vor dem Amtsgericht stattfand. Das Gericht verhandelte gegen den Besitzer Kältezeit aus Großfischingen, dessen Sohn und einen ehemaligen Kutscher wegen schwerer Körperverletzung. Der Hauptzeuge, der Kutscher, an dem die Mißhandlung vorgenommen worden war, wurde von einem Mann in den Saal getragen, da ihm beide Füße abgenommen sind. Die Beweisaufnahme entrollte ein Bild ungläubiger Rohheit. Einzelne wurde dem Kutscher ein Gelbvermerk entnommen, den sich nach Anklage einer Kartiererin der Hützelung angeeignet haben sollte. Da der Kutscher, der sich des Diebstahls nicht bewußt war, bestritt, das Geld genommen zu haben, wurde er von den drei Angeklagten mit Weidenruten geschlagen, bis er in seiner Angst die falsche Aussage machte, von dem älteren Bruder zu dem Diebstahl verleitete worden zu sein. Man drang nun in den Jungen, um das Verbleib des Geldes zu erforchen. Der Junge log, das Geld wäre in der Scheune. Als man es dort nicht fand, wurde er völlig entblößt, mit Stutenbesen geschlagen. Darauf führte man ihn eine ganze Weile, nur mit Strümpfen bekleidet, im Schnee auf dem Hofe herum. In der Nacht fand der Junge auf und verließ aus Mangel vor dem kommenden Tag das Haus. Er will, da er vor Schmerz nicht habe gehen können, durch den Schnee zum Nachbar getreten sein. Zwei Tage und zwei Nächte brachte er ohne Essen und Trinken auf dem Strohhof der Pfahm zu. Später fand er bei einer Bekannten Aufnahme, die auslagte, daß die Schuhe und die Strümpfe fest an den Füßen angefroren waren und erst nach vieler Mühe losgelöst werden konnten. Im Kreisrathsausschuß in Meinel wurden dem Jungen dann beide Füße abgenommen. Das Gericht stellte sich auf dem Standpunkt, daß der Verlust der Füße wohl keine Strafe, aber eine indirekte Folge der Mißhandlung ist. Es beurteilte den Besitzersohn, der ein roheutes Gefängnis hatte, zu einem Jahr und 6 Monaten Gefängnis und den Kutscher zu einem Jahr Gefängnis. Der Besitzer wurde mangels Beweise freigesprochen.

Ein Kriegs- und Inflationsgewinnler.

Neuauflage des Kaufmann-Prozesses.

Das Dresdener Gemeinliche Schöffengericht hatte im Mai nach letztjähriger Verhandlung den früheren Zellengroßhändler Wilhelm Kaufmann zu acht Monaten Gefängnis wegen Konturschuldverurteilung verurteilt. Die Anklage hatte auf Verleumdung und Verleumdung betruen in fünf Fällen, auf Untreue in drei Fällen und Konturschuldverurteilung lautete. Nach dem Verurteilung sollte Kaufmann mit Hilfe freierwilliger Willigen bei verschiedenen Banken Kredittreibungen erreicht oder zu erreichen versucht, Aktien, die ihm zu treuen Händen überreicht waren, für sich verwandelt und als Schuldner in Kenntnis seines Vermögenslosigkeit übermäßigen Aufwand getrieben und einen Gläubiger begünstigt haben. Die Vorgeschichte des Prozesses war zugleich die Geschichte eines Kriegs- und Inflationsgewinnlers. Kaufmann hatte in den neunziger Jahren in Chemnitz die Holzschiffbau betreibt, war dann in kaufmännische Lehre gegangen, und nachher Kommis, Korrespondent und Verleger geworden. Während des Krieges, als ein Teil der Industrie mit der lotharischen Herleitung von Geschäften begann, konnte der nicht zum Kriegsdienst Eingezogene Direktor einer Fabrik der Papierfabrik werden; ein Jahr später, zu einer Zeit allgemeiner Not, war er in der Lage, sich mit Unterstützung eines Freundes als Unternehmer zu etablieren. Reicher und reicher geworden, zählte er den Teilhaber aus und erwarb 1918 zu seinem Unternehmen noch drei weitere. Die Zentralverwaltung der Wilhelm-Kaufmann-Teilhaber feldete zwei Jahre darauf nach Dresden über; das Unternehmen einstellte sich weit und schließlich war Kaufmann Besitzer der Hauptbetriebe von insgesamt 27 der verschiedensten Werke und Anstalten von nicht weniger als 68 Grundstücken. Er bezog eine prunkende Villa, hielt großes Haus und viele Diener und legte sich auf einen Rennstall zu. Zum Reichtum gestellten sich selbstverständlich auch Titel und Ehren. Für 'namhafte Zumenungen' wurde der Großindustrielle ehrenhalber zum Doktor der Staatswissenschaften ernannt. Kinder Zulassung erbrachten die Titel eines Senators der Technischen Hochschule in Dresden und eines Kurators des Deutschen Hygieneinstituts. Kaufmann wurde auch bulgarischer Generalkonsul, Vorsitzender des Vorstandes des Reichsverbandes der Industriellen und Vorsteher des Instituts für Textilforschung. Es fand ihm ferner der Sommerjournalist in Aussicht und eine kleine Erwartung war auf die Ernennung zum Ehrendoktor der Technischen Hochschule gerichtet. Die ihm außerordentlich schmeichelnde Umgebung aber nannte ihn den ungetrübten König von Sachsen! Im Frühjahr 1926 wurde über das Vermögen Kaufmanns der Konturschuld eröffnet, bei dem den Aktien von etwa 800 000 Mark fast 8 Millionen Mark Forderungen gegenüberstanden. Wie erwiesen geht dem Gericht, daß der Angeklagte in Kenntnis seines Zahlungsverfalls im Jahre 1925 übermäßigen Aufwand trieb und daß er durch die am Tage nach der Zahlungsverfall erfolgte Klüftung von Vermögenswerten und noch nicht bezahlten Schuldsachen an die in Frage kommende Firma in Berlin einen Gläubiger begünstigte. Bei der Strafzumessung war berücksichtigt worden, daß sich der Angeklagte an große Ausgaben gewidmet hätte; zu ungunsten aber sollte gesprochen, daß er den Aufwand zu einer Zeit trieb, in der große Teile der Bevölkerung unendlich schwere Not litten, Arbeitslosigkeit herrschte und große Massen des Volkes von bloßen Unterhaltungen leben mußten! Der Kaufmann-Prozess beschäftigt nunmehr die bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Dresden. Kaufmann sowohl wie die Staatsanwaltschaft haben Berufung eingelegt.

